

# Regieren in der Krise



«Die Politik hat sich stark polarisiert, personalisiert und dramatisiert.»

**Christian Frommelt,**  
Forschungsbeauftragter  
Politikwissenschaft des  
Liechtenstein-Instituts

die Verflechtung von nationaler und internationaler Ebene wird es für den Wähler zudem schwieriger, Entscheidungsprozesse korrekt nachzuvollziehen.

Die Politik hat sich aber auch stark polarisiert, personalisiert und dramatisiert. Politische Geschäfte werden dem Kontext entrissen, in hohem Grade simplifiziert und mit nationaler Symbolik angereichert. Die Verantwortlichkeit für Erfolge und Misserfolge wird indessen je nach Bedarf von der einen zur anderen Ebene verschoben. Die Medien bieten in diesem Zusammenhang nicht nur den institutionellen Kontext, sondern werden oftmals selbst zum politischen Akteur.

Dass sowohl Populismus als auch Technokratie zu kurz greifen, zeigt sich insbesondere in Krisenzeiten. Die simple Einteilung in «Wir» und «die anderen» – zum Beispiel in Volk und Elite bzw. in Nation und internationale Gemeinschaft – verschafft der Politik genauso wenig die nötige Handlungsfähigkeit und Legitimation wie die endlose Suche nach noch detaillierteren Regulierungen.

In einer Krise kann die Politik meist nicht nach einer für alle Akteure richtigen Lösung streben, sondern hat sich mit dem unter den Umständen bestmöglichen Entscheid zu begnügen. Umso mehr benötigt Politik die Legitimation durch das Volk. Das stärkste Scharnier zwischen Expertise und Volkswillen bilden immer noch die Institutionen der repräsentativen Demokratie. Dazu gehören politische Parteien genauso wie die im demokratischen Prozess konstituierten internationalen Organisationen.

Wie Politik betrieben wird, darüber entscheiden in erster Linie die politischen Parteien und ihre Exponenten. Damit diese nicht der Versuchung des Populismus erliegen, stehen aber auch die Wähler in der Pflicht. Das Vertrauen der Wähler in Institutionen und Prozesse sowie die Bereitschaft zu Information und Dialog bilden nämlich gerade in Krisenzeiten das nötige Fundament einer funktionierenden Politik.

**I**n Europa regiert die Krise. Welche Krise aktuell gemeint ist, ist dabei fast sekundär. Aus einer Bankenkrise wurde eine Krise der Staatsschulden und der Wettbewerbsfähigkeit, aus der Wirtschaftskrise eine Krise der politischen Institutionen und der repräsentativen Demokratie. Aussenpolitisch richtete sich zeitweise die ganze Aufmerksamkeit auf die Ukraine-Krise, und aktuell dominiert die Flüchtlingskrise Medien und Politik.

Jede dieser Krisen offenbart auch eine Krise des Regierens. Das heisst, die verantwortlichen Institutionen und Akteure sind ausserstande, die an sie gestellten Herausforderungen effizient zu meistern. Als Konsequenz haben populistische Parteien überall in Europa starken Zulauf. Populismus wird als eine Ideologie verstanden, welche die Gesellschaft in zwei homogene, aber gegensätzliche Gruppen teilt. Während sich auf der einen Seite das einfache Volk befindet, steht auf der anderen Seite die korrupte Elite. Politik soll dabei stets Ausdruck des uneingeschränkten Volkswillens sein. Aus populistischer Sicht entzieht sich die Politik jedoch zunehmend der Kontrolle des Volkes

und verliert so den Kontakt zur Gesellschaft und schliesslich ihre Legitimation.

Einen «Gegenpol» zum Populismus bildet die Technokratie. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme sind demnach zu komplex, um unter Einbezug des Volkes gelöst zu werden. Stattdessen sollen politische Entscheide auf Expertenwissen basieren und werden deshalb an dezentrale Einrichtungen, wie zum Beispiel Regulierungsagenturen, ausgelagert. Aus technokratischer Sicht orientiert sich die Politik aktuell viel zu stark an den Forderungen der Wähler und deren Interessenvertreter, um optimale Lösungen zu erzielen.

## Komplexität der Politik

Die Politik ist in den vergangenen Jahren tatsächlich komplexer geworden. Eine Ursache dafür ist die Internationalisierung. Politik lässt sich nicht mehr in nationalstaatliche Grenzen fassen, sondern wird wesentlich durch internationale Ereignisse und Akteure bestimmt. Dies bedeutet allerdings auch, dass die nationalen Regierungen die spezifischen Wünsche ihrer Wähler weniger stark beachten können. Durch